

## Die Monatszeitung für das zahntechnische Labor

Effektive Verbandsarbeit	Betriebsklima im Labor	Nachwuchs-Moderatorin	Galvanoforming
ZT im Gespräch mit Dr. Wilfried Beckmann, Bundesvorsitzender des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ).	Dr. Bernd M. Wittschier zeigt, wie das Miteinander im Labor und somit die Leistungsbereitschaft verbessert werden kann.	Belinda Fritsch erzählt von ihren ersten Erfahrungen als Co-Moderatorin beim DeguDent-„azubiday“.	Passgenauigkeit, Einsatzvielfalt u.v.m. – ZT Herbert Nagl demonstriert die Vorteile der Galvanoforming-Technologie.
<b>ZT Politik_4</b>	<b>ZT Wirtschaft_11</b>	<b>ZT Ausbildung_13</b>	<b>ZT Technik_15</b>

### Gesundheitsministerin bestätigt Interpretationen der Zahntechniker zur Korridorlösung **Klarstellung ja – Änderung nein**

In einem Gespräch mit Ulla Schmidt haben die Innungen Nord- und Südbayern die Gefahren des GMG für Zahntechniker in bestimmten Bundesländern aufgezeigt und das Alternativmodell von VDZI und Innungen vorgestellt. Die Ministerin will das GMG nicht ändern, sagte aber Klarstellungen zu, um überzogene Absenkungsforderungen von Krankenkassen zu verhindern.



MdB Ludwig Stiegler, Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und Obermeister der ZTI Nordbayern Rudi Lamml (v.l.n.r.).

Im bayerischen Grenzgebiet zu Thüringen rumort es: Während bayerische Labors im kommenden Jahr Absenkungen erwarten, dürfen sich die Thüringer auf satte Preissteigerungen freuen. Grund ist der im Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG) verabschiedete bundesweite Mittelpreis mit Preiskorridor, der die regionalen Preisunterschiede ausgleichen soll. Die bayerischen Labors befürchten unfaire Konkurrenz aus Thüringen, weil die dort steigenden Vergütungen Spielraum für Rabatte lassen, während in Bayern bereits mit den jetzigen Preisen die Produktionskosten kaum zu de-

cken sind und eine Preisabsenkung viele in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen wird. Diese dramatische Situation bewegt auch Ludwig Stiegler, Fraktionsvize der SPD im Bundestag und neu gewählter SPD-Vorsitzender in Bayern. In seinem Wahlkreis Weiden/Oberpfalz sind viele grenznahe Labors betroffen. So arrangierte Stiegler auf Drängen der bayerischen Innungen kurzfristig ein Gespräch mit Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt. Obermeister Rudi Lamml und die Geschäftsführer Oliver Dawid und Jürgen Rahm erläuterten der Ministerin, wie sich die

Lage der Betriebe in den letzten Jahren durch gesetzgeberische Experimente und Preisabsenkungen kontinuierlich verschlechtert hat, zuletzt Anfang 2003 durch die Absenkung der Preise um 5 %.

Jetzt soll das GMG im Jahr 2005 einen Bundesmittlepreis bringen, der für Bayern nochmals eine Preisabsenkung von 8 % bedeuten würde, während in den neuen Bundesländern die Preise um 15 bis 22 % steigen sollen. Dem Gesetzgeber wurde in letzter Sekunde bewusst, dass derartige Preisverwerfungen enorme Probleme auslösen. So wurde eine Korridorlösung geschaffen. Sie besagt, dass die regionalen Preise um bis zu 5 % ober- oder unterhalb des Bundesmittlepreises liegen dürfen. Entgegen der Absicht des Gesetzes, die Preisänderungen dadurch abzumildern, argumentieren die bayerischen und neuerdings auch die niedersächsischen Kassen, sie wollten die Preise nicht auf den oberen Rand dieses Korridors absenken, sondern auf den unteren. Für die bayerischen Betriebe hieße das eine Absenkung von sage und schreibe 13 %!

Ministerin Schmidt und der zu-

ständige Abteilungsleiter Franz Knieps machten deutlich, dass das so nicht gewollt sei und kündigten in dem Gespräch erstmals eine schriftliche Klarstellung gegenüber dem Zahntechniker-Handwerk und den Krankenkassen an. Die bayerischen Innungen werten dies als großen Erfolg. Bislang war es weder dem VDZI noch einer einzelnen Innung gelungen, die vielfach mündlich geäußerte gesetzgeberische Absicht schriftlich zu bekommen. Zu Änderungen am GMG selbst ist Ministerin Schmidt nicht mehr bereit. Nach einer eingehenden Erläuterung des von allen deutschen Innungen beschlossenen Alternativkonzepts (allmähliche Preisangleichung, erst dann volle Geltung des GMG mit Mittelpreis und Preiskorridor) sagte die Ministerin, sie habe Verständnis für das Anliegen der Zahntechniker.

**ZT Politik\_3**

### Ursache für Zahnersatz-Betrug auf der Spur **VDZI sieht Politik bestätigt**

Bundesverband sieht seine Forderung nach Transparenz angesichts neuer Betrügereien bestätigt.

(kh) – Rund anderthalb Jahre, nachdem die Betrügereien der Dentalhandelsgesellschaft Globudent aufgedeckt wurden, sitzen nun die drei Gesellschafter der Mülheimer Firma auf der Anklagebank. Doch der Betrugsskandal um Zahnersatz hat damit noch längst kein Ende gefunden, ganz im Gegenteil: Bei einer groß angelegten Razzia in 22 Dental-laboren stellten Fahnder Beweise für einen neuerlichen Abrechnungsbetrug mit Zahnersatz sicher. Insgesamt 300 Zahnärzte sollen darin verwickelt sein (Hintergrundinformationen finden Sie im Artikel auf S. 2). Für den Verband Deutscher Zahntechniker-Innungen (VDZI) ist diese Entwicklung ein Grund, sich in seiner Politik „der kompromisslosen Forderung nach Transparenz“ erneut bestätigt zu fühlen. In seiner „Infoline“ hebt der Bundesverband das bereits erreichte Etappenziel hervor, zusammen mit den Krankenkassen in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag

für alle Anbieter seit Jahresbeginn die Anforderungen an die Leistungs- und Kostentransparenz erhöht zu haben. Gleichzeitig kritisiert der VDZI die schwindende Akzeptanz von rechtlichen und vertraglichen Ordnungsprinzipien bei einigen Krankenkassen und Zahnärzten als „tiefer Ursache“ für die Betrugs-skandale. So heißt es unter anderem: „Die grauen Märkte wurden jahrelang von einzelnen Krankenkassen durch Förderung von Handelsgesellschaften mit Gewinnversprechen für Zahnärzte hoffähig gemacht.“ Die vom VDZI ins Leben gerufene „Allianz Meisterliche Zahntechnik“ hingegen sei ein gutes Beispiel für mehr Transparenz. Die in der Allianz zusammengeschlossenen Innungsbetriebe stellen den Patienten ein Hersteller-Zertifikat aus, welches Nachweise über den Meisterbetrieb, Arbeitsabläufe und Materialien enthält.

**ZT Politik\_2**

ANZEIGE

### „Ein politischer Verband lebt von der innerverbandlichen Diskussion“ **Rudern gegen den Strom**

Die Art und Weise, wie ein Verband mit seinen Mitgliedern und der Öffentlichkeit kommuniziert, hat einen wesentlichen Anteil am politischen Erfolg der Ständesvertretung.



Dr. Wilfried Beckmann

(dh) – „Informationspolitik ist wie rudern gegen den Strom: Stillstand ist Rückschritt.“ Bedeutungsvolle Worte, mit denen Dr. Wilfried Beckmann, Vorsitzender des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ), das Motto der Kom-

munikationspolitik seines Verbandes auf den Punkt bringt. Wenig überraschend ist es daher, dass kaum ein anderer Verband im Gesundheitsbereich eine so große Außenwirkung erzielt wie der FVDZ: Referate, Vorträge und Publikationen in der FAZ, der Welt und bei Frontal 21, Meldungen über die Aktivitäten des Verbandes bei der KZBV, dem VDZI oder ZM-Online sind das Ergebnis einer gut konzipierten Öffentlichkeitsarbeit. Dazu gehört auch die Kommunikation mit Journalisten auf dem seit 25 Jahren stattfindenden „Berliner Presse-seminar“ oder der Gedankenaustausch mit der akademischen Welt in einem jährlichen Hochschullehrertreffen. Doch nicht nur gegenüber Medien und Institutionen, son-

dern auch gegenüber seinen Mitgliedern geht der FVDZ einen Weg der offenen Informationspolitik. Diese erschöpft sich nicht in der internen Kommunikation über Newsletter, Frei-Faxe und einem Magazin, sie zeigt sich auch in einer innerverbandlichen Diskussion, die nicht – wie in manch anderen Verbänden – als notwendiges Übel, sondern als Motor angesehen wird, der den Verband voranbringt. Die Öffentlichkeitsarbeit des FVDZ: Ein komplexes Arrangement von öffentlich und intern wirksamen Aktionen. Für uns Grund genug, in einem Gespräch mit Dr. Beckmann die Leitlinien guter Öffentlichkeitsarbeit aufzuspüren.

**ZT Politik\_4**